

# Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Bezugspreis: monatlich 450 A einschließlich  
Lieferung. Wegen Postbezug näheres  
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten  
Kleinzeile oder deren Raum 125 A.  
Reklamazeile 350 A.

Verlags- und Druck: Guido Seidler vorm. Hofmannsche Buchdruckerei, Biebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Biebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 30

Samstag, den 11. März 1922.

Hochheim  
Frankfurt (Main) Nr. 10114

16. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

Nr. 129.  
Die Polizeiverwaltungen und Ortspolizei-  
behörden sowie die Herren Landjäger des  
Streffes weise ich hiermit auf die im Re-  
gierungsamtsblatt Nr. 9 für 1922, S. 155,  
betr. Mißbräuche beim Gewerbebetrieb im Um-  
herziehen, hin. Eine schärfere Überwachung  
der Hausierer ist erforderlich.  
Die Polizeireferatsbeamten sind durch die  
Erschließung der Orte mit entsprechender Wei-  
sungen zu versehen.  
Wiesbaden, 8. März 1922.

Der Landrat.

## Terminkalender.

Nr. 130.  
2. Erinnerung.  
Die mit Erledigung meiner H. a. R. Ver-  
fügung vom 8. Februar 1922, A. Nr. 11, 68/3,  
betr. Begegnungsbefugnisse, rückfän-  
digen Registrate und Gemeindefunktionäre wer-  
den an die Erledigung erinnert.  
Erledigungsfrist bis zum 26. März 1922.  
Wiesbaden, 8. März 1922.

Der Landrat.

## Nichtämlicher Teil.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 9. März. Der Reichstag verlan-  
det heute zu einer Vollversammlung, in der die  
2. Beratung der Steuerentwürfe mit der  
Branntweinsteuer vorliegt. Ihren  
Anfang nahm. Die allgemeine Aussprache  
wurde zu Ende geführt. Die Spezialberatung  
des Branntweinmonopols wurde auf Freitag  
verlegt. Ferner ist noch für Freitag auf  
der Tagesordnung das Pensionierungsgesetz,  
Kapitalmarkt und Reichsernährungsgesetz.

### Preussischer Landtag

Berlin, 8. März. Die am letzten Sams-  
tag abgebrochene Weiterberatung des Aus-  
baus wird beim Abschnitt „Hochschulen“ fort-  
gesetzt.

Abg. Götting (Soz.): Wenn die Riesen-  
gewinne der Industrie und Landwirtschaft  
steuereinfach gemacht würden, dann könnten  
mit Leichtigkeit 100 Millionen mehr für die  
Hochschulbildung ausgeteilt werden. Die per-  
sönlichen Landesherrn sollten zu Hochschulver-  
bänden mit steigenden Klassen zusammengefaßt  
werden. Die Mittelschulen müssen den Kreis-  
schulen unterstellt werden. Die Lehrerbil-  
dung muß auf höheren Lehranstalten und pädagogischen Akademien geschehen, die an Un-  
iversitäten angegliedert werden und auf simu-  
lirter Grundlage stehen.

Abg. Götting (Soz.): Bei der Re-  
form der Lehrerausbildung muß besondere  
Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landesherrn  
genommen werden. Der Unterricht ist den Be-  
dürfnissen des Landes anzupassen, und dazu  
sind bodenständige, heimattreue Lehrer nötig.  
Die christliche Elternschaft, ob evangelisch oder  
katholisch, muß die Gewissheit haben, daß die  
Erziehung ihrer Kinder ihren Wünschen und  
Anforderungen entspricht. Auch darauf ist bei  
der Lehrerausbildung zu achten.

Abg. Bock (Soz.): Wir stehen  
geschlossen auf dem Boden der Volksschule  
und werden Mittel und Wege finden, unseren  
Willen durchzusetzen. Wir fordern, daß unsere  
Jugend zu charaktervollen Menschen erzogen  
werde. Gegen den überhandnehmenden  
Schmerz in Wort und Bild muß entschieden  
vorgegangen werden. Die Schule muß frei  
bleiben von politischen Kämpfen. Die Gedan-  
ken der entscheidenden Schulreformer, dieser Re-  
volutionäre im Schulwesen, lehren wir ab.  
In Volksschulen ist die Zeit nicht ange-  
kommen, der ungeheuren Not der Jugend mehr ab-  
geholfen werden.

Frau Abg. Kulesz (DBP): Der  
Reichsschulgesetzentwurf läßt uns leider schwere  
Kämpfe befürchten. Bei der Einrichtung der  
Schulen dürfen nicht politische, sondern  
pädagogische Gesichtspunkte gelten. Unsere  
Jugend wird zu sehr materialistisch beeinflusst.  
Einem überkonfessionellen Religionsunterricht  
können wir nicht zustimmen.  
Kultusminister Brüning geht auf die Not  
der Jugend ein. Von rund 23 000 Jun-  
gleuten sind nur rund 12 000 beschäftigt. 54,4  
Prozent sind beschäftigungslos. Die Schuld an  
dieser Notlage trägt der Krieg und der Frie-  
densvertrag. Die Regierung

Frage und wird, sobald das Material vorliegt,  
zunächst die ältesten Jahrgänge einzustellen  
und mit Vertretungen zu beschäftigen suchen.  
Zu begrüßen ist der Reichstagsbeschluss auf  
Austausch der Junglehrer unter den einzelnen  
Ländern. Die Forderung der Volksschulbücher  
ist eine schwierige Aufgabe. Die Richtlinien  
werden Ende Mai veröffentlicht werden. Die  
Lehrerräte haben sich bewährt, wo sie sich im  
Rahmen ihrer Zuständigkeit hielten. Die Zahl  
der Lehrer, die sich weigern, Religionsunter-  
richt zu erteilen, ist von 683 auf 625 zurückge-  
gangen. (Lebhafter Beifall rechts und im  
Zentrum.) Auch in der Lehrerschaft wächst  
also das Gefühl, daß auch die Religion ein Er-  
ziehungsmittel ist. (Beifall.)

Abg. H. (LSP.) wünscht den Abbau  
der Mittelschulen, die nur Standschulen seien.  
Aufgabe der Lehrer, besonders der katholischen  
Lehrer, dürfte es nicht sein, die Kinder zu ihrem  
Glauben hinüberzuführen. Die Erziehung der  
Kinder sei eine Aufgabe zweiter Ordnung für  
die Schule; die Schule habe die wissenschaftliche  
Erkenntnis zu fördern, sowie den Sinn für die  
Idee, Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit.  
Wir streben die Aufbaulehre an, bei der der  
Aufstieg gerecht gehandhabt wird. Der Redner  
tritt schließlich für die akademische Ausbildung  
der Lehrer und für die politische Freiheit der  
Lehrer ein.

Abg. Kimpel (Dem.) führt aus, er  
glaube nicht, daß ein befriedigender Zustand in  
unserem Schulwesen vorhanden wäre. Wir  
denken nicht daran, die in der Verfassung fest-  
gelegte Konfessionsschule abzuschaffen, aber  
wir wollen uns auch die ebenso verfassungs-  
rechtlich zugelassene weltliche Schule nicht  
nehmen lassen. Der Kampf des Zentrums  
gegen die nassauischen Simulation-  
schulen wird mit einer falschen Begründung  
geführt. Wir haben eine Fülle von Zeugnissen  
aus Nassau, die sich sämtlich für die Beibehaltung  
der dort seit hundert Jahren bestehenden  
Simulationsschule aussprechen. Der furchtbare  
Notlage der Junglehrer muß endlich ein Ende  
gemacht werden.

Am 5. Uhr wird die Weiterberatung auf  
Donnerstag 12 Uhr verlegt.

Berlin, 9. März. Die Beratung des  
Kultusgesetzes beim Abschnitt „Hochschule“ wird  
fortgesetzt und dann nach längerer Einzelbe-  
ratung die Abstimmung zum Etat auf Freitag  
verlegt. Vier Vorlagen, die den Ausbau der  
Hochschulen von Berlin, Preußen und Rhein-  
land, kommen dann zur gemeinsamen Be-  
ratung, die schließlich auf Freitag verlegt wird.

## Tages-Bundschau.

### Tagung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.

Köln, 8. März. Im großen Saale der „Bil-  
dergasse“ wurde heute die allgemeine Versam-  
mlung der Vereinigung der deutschen Arbeit-  
geberverbände eröffnet. Für die Reichsregierung  
war Reichspostminister Gieseler anwesend. Der  
Reichsminister für die besetzten Gebiete, Brüning,  
begleitete die Vertreter aus dem ganzen  
Reich. In seiner Begrüßungsansprache dankte er  
der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, die ein-  
mütig und geschlossen die Forderung der deutschen  
Industrie zum Ausdruck, daß unsere Wirtschaft  
rechts und links des Rheins, im besetzten und un-  
besetzten Gebiet des Reiches, auf ewig angelegt  
bleibt. Er bezeichnete es als Aufgabe der Tagung,  
einen gemeinsamen Kreis der Grundzüge und Ge-  
danken zu erörtern, die für die innere Arbeit der  
Verbände von Bedeutung sind.

Landtagsabgeordneter Dr. Kalle (Biebrich)  
sprach über die

Wirtschafts- und Sozialpolitik im Dienste des  
Volksgemeinschaftsgedankens.

Die Zweiteilung der Volksgemeinschaft und in der  
der Sozialismus der einzelnen Länder, so führte er  
aus, haben der deutschen Nation Jahrhunderte lang  
verleitet, die Rolle in der Welt zu spielen, die ihr  
nach ihrem ganzen inneren Gehalt zukommt. Zu  
kraftvoller Einheit kam es nur dann, wenn starke  
Kämpfe die Stände zusammenwanden, oder als  
die überwindende Staatsmacht Bismarcks die Bundes-  
staaten zusammenführte. Auch nach dem Zu-  
sammenbruch der Reichsmacht ist die Reichseinheit  
fest begründet geblieben. Die konfessionellen Gegen-  
sätze scheinen heute an Schärfe zu verlieren.

Aber eine neue Gefahr ist aufgetaucht. Es ist  
die soziale Zerküftung. Wir mühen das traurige  
Schauspiel erleben, daß das deutsche Volk in sich zer-  
rissen und doppelte Weichen den drohenden Gefahren  
gegenübersteht. Späteren Geschlechtern wird viel-  
leicht einmal als das größte Rätsel dieser furchtbaren  
Zeit erscheinen, daß selbst unter dem Druck eines  
so barten Schicksals das deutsche Volk sich nicht zu-  
sammenfand. (Sehr richtig.) Wir aber wissen den  
Grund. Schon früher bestanden bange Sorgen,  
als es der Sozialismus verstand, immer weitere  
Kreise der Industriearbeiterschaft in seinen Bann zu  
ziehen und eine tiefe Kluft aufzureißen in unserem  
Volk. Ertrübte politische Kämpfe vertieften die  
Kluft. Kein Wunder, daß bei einem derart vorbe-  
reiteten Boden die von Moskau kommende Revo-

lution wie ein Blitz einschlug, als die Staatsautorität  
verfiel. Es wäre wohl noch schlimmer getom-  
men, wenn nicht der harte Zwang der Wirklichkeit  
und das Verantwortungsgesühl den gemäßigten  
Führer der Sozialdemokratie veranlaßt hätte,  
manche Theorie zurückzustellen.

Manches ist inzwischen besser geworden, und es  
hat sich aus dem Chaos wieder ein Staat entwickelt.  
Für uns alle, die wir den Blick auf die Zukunft  
Deutschlands richten, gilt es, die Aufgabe vor-  
anzustellen: Unzweifelhaft und mit aller Kraft zu  
arbeiten an der Wiederherstellung einer wahren  
deutschen Volksgemeinschaft. (Beifall.)

Was sind nun die Aufgaben der Wirtschafts-  
politik der Arbeitgeber und Arbeitnehmer? Versucht  
wäre es, die ganze Bedeutung der Wirtschaft  
lediglich auf die Interessen des Unternehmens, dem  
man dient. Nicht Absehung, nicht ein Staat im  
Staat darf das Ziel sein. Die deutsche Wirtschaft  
ist der letzte Rest der deutschen Kraft. Die Wirt-  
schaft muß der Gemeinschaft als eine echte Volkswirt-  
schaft dienen. Sie darf dann aber auch verlangen,  
daß das Volk in seiner Gesamtheit ihre Lebens-  
bedingungen anerkennt und fördert. Auch die Ein-  
stellung nur etwa auf die Volkswirtschaft wäre ein  
verhängnisvolles Uebersehen der vielfältigen  
Beziehungen, die zwischen einem jeden Wirt-  
schaftszweig und dem Volksganzen bestehen. Im  
alten Ehrgeizstreben übernahm die Staatsleitung  
als solche die Rolle der Fürsorge für alle Stände.  
Heute, wo diese lebende Kraft fehlt, muß ein  
früherer Wille zur Mitarbeit überall vorhanden  
sein, wenn nicht die anderen über uns zur Tagesor-  
dnung übergehen sollen. (Sehr richtig.)

Das große Ziel unserer Sozialpolitik muß die  
Herbeiführung einer Verständigung zwischen Arbeit-  
gebern und Arbeitnehmern sein. Die künftige  
Sozialpolitik sollte aber weniger neue Aufgaben zu  
lösen haben auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Das  
Wichtigere ist vielmehr die praktische Ausführung,  
daß die Arbeitgeber erfüllt sind von sozialer Sinn  
und ethologischem Verständnis insbesondere für  
die Bedürfnisse der Arbeitergemeinschaft. Dazu ist  
Vorbereitung persönliche Einnahme. Wenn  
mit allem Kollengeist, was Mensch müssen wir  
haben, dem Menschen näher zu kommen. Der  
geistliche Gedanke der Arbeitsgemeinschaft muß sich  
mehr und mehr durchsetzen. Wir brauchen Achtung  
vor der Arbeitsteilung anderer und vor echter  
Ueberzeugung, auch wenn sie uns irre geleitet  
scheint. Dieser Gedanke der Verständigung hat sich  
schon Bahn gebrochen.

Weiter hat der Industrielle die Pflicht, persönlich  
im öffentlichen, politischen Leben seinen Mann zu  
stellen und mitzuwirken. Damit dienen Sie dem  
Vaterlande. In diesem Sinne ist die gütigste  
Industrie längst nationaler Völk. Sie ist in diesem  
besten Sinne nationalisiert. (Beifall.)

Was die Arbeitnehmer anbelangt, so wird der  
Kooperationsgedanke von einzelnen Gruppen über-  
nommen und zu Machtkämpfen ausgenutzt, so daß er  
sich häufig sogar gegen eigene Klassenangehörigen wen-  
det. Der Streik ist zu einer normalen Erscheinung  
des öffentlichen Lebens geworden, während er  
ultima ratio sein sollte.

Das Verantwortungsgesühl sollte doch endlich  
zu einer besseren Einsicht führen. Zeichen der Ge-  
bundenheit liegen vor. Ein Marktstein auf diesem  
Wege ist die vaterländische Arbeit des Führers der  
christlichen Gewerkschaften, Stöckerwald. Wir sehen  
auch, wie verantwortungsbewusste Träger aus den  
Gewerkschaften und der Sozialdemokratie der ge-  
meinsamen Richtung einen schweren Kampf führen  
gegen Unmenschlichkeit und wie man sich dort scharf  
gegen die Entartung des Streikrechts ausgesprochen  
hat. Die Klassenkampfidee läßt sich um. Wir  
vertrauen auf die Liebe des deutschen Arbeiters zur  
Heimat. Wir Arbeitgeber müssen uns aber wappnen  
mit Geduld und immer wieder die Hand bieten zu  
gemeinsamer Arbeit. Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer sind völlig einig darüber, daß das höchste  
für uns die Gemeinschaft mit dem gesamten deut-  
schen Volk ist. Wir sind entschlossen, in uner-  
schütterlicher Treue, mag kommen, was da will,  
festzuhalten an unserer geliebten deutschen Vater-  
lande. (Lebhafter Beifall.)

### Die Kosten der interalliierten Kommissionen.

London, 8. März. Im Ober-  
haus lenkte gestern Lord Newton die Auf-  
merksamkeit auf die übertriebenen Ausgaben im  
Zusammenhang mit den zahlreichen interalli-  
erten Kommissionen in Mitteleuropa und  
deren Auswirkung auf die wirtschaftliche Er-  
haltung der vormals feindlichen Staaten und  
deren Fähigkeit, Reparationen zu zahlen. Lord  
Newton sagte: Nach Einstellung der Feind-  
seligkeiten sei eine große Anzahl von Kommis-  
sionen von den Alliierten über ganz Europa  
geschickt worden: Militärmissionen, Marine-  
missionen, Luftfahrtmissionen, Finanzmissionen,  
Lebensmittelmissionen, Eisenbahnmissionen  
u. a. Eine riesige Herde von Beamten männ-  
lichen und weiblichen Geschlechts habe sich im  
Frühjahr 1921 nach Wien begeben, um zu  
untersuchen, welche Reparationen gezahlt wer-  
den könnten. Sie seien ein ganzes Jahr in  
Wien geblieben. Die Kosten der Mission hätten  
7½ Millionen Kronen betragen. Von dieser  
Summe habe die österreichische Regierung 2½  
Millionen bezahlt. Die übrigen 5 Millionen  
Kronen hätten die Alliierten aus ihrer eigenen  
Tasche bezahlen müssen. In Deutschland seien  
im gegenwärtigen Augenblick Kommissionen im  
Ueberfluß vorhanden. Die Reparations-

kommission, die aus 171 Personen bestehe, koste  
monatlich 32 Millionen Mark, und die Kon-  
trollkommission, die zum Zwecke der Entwaff-  
nung in Deutschland anwesend sei, bestehe aus  
1569 Personen und koste nicht weniger als  
23½ Millionen Mark monatlich. Es bleibe  
kaum etwas zu tun für die Kontrollkommission  
übrig, und trotzdem habe ihr Personalbestand  
keinerlei Verminderung erfahren. Ihr Be-  
stand werde immer noch aufrecht erhalten, da  
von Zeit zu Zeit in Deutschland immer noch  
versteckte Waffen aufgefunden würden. So-  
lange England und Frankreich sich die Politik  
von der Senfensprelle kontrollieren ließen,  
bestehe keine Aussicht darauf, daß die Kommis-  
sion dieser Art verhindert werden, und der  
größte Teil dieser Kommissionen lebe im Ver-  
gleich zu der gewöhnlichen Bevölkerung im  
Luxus. Die Gesamtkosten dieser Kommissionen  
in Deutschland einschließlich der Kosten für die  
Truppen in Schlefien betragen die sehr große  
Summe von 1800 bis 2000 Millionen jährlich.  
Wenn man zu dieser Summe die Ausgaben  
für die Befehlshaber rechnet, sei es nicht  
schwer einzusehen, daß die Aufgabe, Deutsch-  
land zahlen zu lassen, schwieriger und verwickel-  
ter sei, als sich die Leute in England vorstellen.  
Auch die Kommissionen in Ungarn und Bul-  
garien verhängen Unsummen. E. Whitmore  
gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Rede Lord  
Newton die Regierungen dazu bewegen werde,  
diese Frage zu erwägen. Es würde ein großer  
Gewinn für den Frieden der Welt sein, wenn  
die Geschäfte dieser Kommissionen aufhörten,  
und wenn sie so wie möglich zurückgezogen  
würden.

### Beziehungen gegen Minister Hermes.

Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ veröffent-  
lichte gestern abend schwere Beschuldigungen gegen  
den Ernährungsminister Dr. Hermes. Nach den  
Angaben der „Freiheit“ soll der Minister Hermes  
Wein in großen Mengen zum 15. bis 25. Teile des  
Handelspreises bezogen und sich durch besonders  
gute Behandlung des Wingerverbandes dafür er-  
kennlich gezeigt haben. — Eine Berliner Korre-  
spondenz glaubt die Meldung der „Freiheit“ be-  
stätigen zu können und will weiter erfahren haben,  
daß Dr. Hermes im April 1920, also unmittelbar  
nach seinem Amtsantritt als Minister, vom Winger-  
verband für Mosel und Saar in 200 000 Mark  
Wein, dessen offizieller Handelspreis 33—60 Mark  
die Flasche betrug, für drei Mark die Flasche be-  
zogen, also etwa 7000 M. bei dieser Lieferung erspart  
habe. — Die „Freiheit“ veröffentlicht heute als Be-  
weisstück ihrer Behauptung einen Brief des ge-  
nannten Wingerverbandes an den Regierungsrat Dr.  
Jasse in Berlin, in dem sich der Verband bereit er-  
klärt, 110 000 Mark Wein verschiedener Marken die  
Flasche zu drei Mark an den Minister sofort abzu-  
senden. — Eine der sozialdemokratischen Partei  
vorherrschende Korrespondenz teilt weiter mit, daß die  
sozialdemokratische Partei bereits in der  
nächsten Reichstagsperiode wegen der Veröffent-  
lichung der „Freiheit“ einen Schritt zu unternehmen  
gedenke. — Das „Berl. Tageblatt“ führt, daß Dr.  
Hermes voraussichtlich bei der Verhandlung über  
den Etat des Ernährungsministeriums sich zu den  
Beschuldigungen äußern wird. — Der „Berl. Volks-  
anzeiger“ sieht in den Enthüllungen einen letzten  
Versuch, die Ernennung des Ministers Hermes zum  
Reichsfinanzminister zu vereiteln, und glaubt zu  
wissen, daß diese Anschuldigungen hinfällig sind.

### Reichsminister Hermes hat Straf- antrag gestellt.

Berlin. In Verbindung mit den Behaup-  
tungen über den Bezug von Wein zu Bestechungs-  
preisen durch Minister Hermes, bezeichneten der  
Minister die Verleumdungsartikulation angeordnet hat,  
ist der Brief des Wingerverbandes für Mosel, Saar  
und Ruwer in Trier abgedruckt worden, welcher  
adressiert war: Herrn Regierungsrat Jasse, Berlin  
W. 8, Rohrenstraße 11/12, Ministerbüro. Wie  
wir hören, liegt hier ein Schreibfehler vor. Ge-  
meint war Regierungsrat Katter, der in Minister-  
büro tätig war, während ein höherer Beamter  
namentlich Jasse als Ministerialrat ein Referat für  
die besetzten Gebiete hatte.

Ab Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ be-  
hauptete in den Nummern 114 und 115, der Reichs-  
minister Hermes habe von dem Wingerverband  
Weine zu Ausnahmepreisen, Befreiungsspreisen,  
bezogen und dafür dem Verband Gegenleistungen  
gewährt. Wegen dieser Verleumdung  
hat der Reichsminister Hermes Straf-  
antrag gestellt.

Berlin, 9. März. Zu der Mitteilung, daß  
Dr. Hermes wegen den gegen ihn erhobenen An-  
schuldigungen Strafantrag gestellt habe, schreibt die  
„Freiheit“ heute abend: Wir freuen uns auf die  
Klage, denn sie wird uns Gelegenheit geben, die  
von uns aufgestellten Behauptungen zu beweisen.  
Einschwellen begnügen wir uns mit der Feststellung,  
daß Herr Hermes es nicht mag, unsere genau  
formulierten vier Fragen zu beantworten. Wenn  
Herr Hermes aber glaubt, mit der Androhung der  
Klage diese Affäre auch politisch aus der Welt ge-  
schafft zu haben, so irrt er. Wir fordern, daß das  
Reichsministerium zu der Angelegenheit Stellung  
nimmt und die Unterlagen prüft, die jetzt bereits  
gegen Herrn Hermes vorliegen.



This image shows a vertical strip of aged, yellowed paper. The paper has a mottled appearance with various shades of cream and light brown. On the right side, there is a dark, textured binding edge, possibly made of leather or a similar material, which is slightly worn and peeling at the top. The overall texture of the paper is slightly rough and uneven.

